

**Offener Brief an Politik und Verwaltung der Hansestadt Bremen
bezüglich des Bauvorhabens am Dedesdorfer Platz**

Bremen, den 06.03.2016

Sehr geehrte Frau Senatsbaudirektorin Reuther, sehr geehrter Herr Staatsrat Strehl, sehr geehrte Herren Czekaj und Imholze, sehr geehrte Frauen Wedler und Pala, sehr geehrte Frau Engelbertz, sehr geehrte Mitglieder der Baudeputation und Beiratsmitglieder des Beirats Walle,

im Vorfeld der Sitzung des Bauressorts zum neuen Bebauungsplan Anfang dieser Woche als auch der Sitzung des Fachausschusses Quartiersentwicklung des Stadtteilbeirats Walle am 10.03.2016, auf dem die Freiraumplanung des Dedesdorfer Platzes auf der Tagesordnung steht, schreiben wir diesen Brief.

Wir sind sechs Baugruppen mit insgesamt ca. 80 Menschen, die auf dem Dedesdorfer Platz in Bremen-Walle bauen wollen. Bei unseren seit Frühling 2015 regelmäßig stattfindenden Vernetzungstreffen tauschen wir uns über unsere Vorstellungen zum Wohnen und Bauen untereinander aus. Während wir uns hinsichtlich Gruppengrößen, Lebensphasen und angestrebten Rechtsformen unterscheiden, eint uns das Ziel langfristig gemeinschaftlichen Wohnraum zu schaffen und dauerhaft stabile Mieten zu sichern. Der Dedesdorfer Platz, als gemeinsamer Bewegungs- und Begegnungsraum, hat eine besondere Bedeutung für den Stadtteil. Wir möchten diesen politisch, kulturell und gesellschaftlich mitgestalten und stehen deshalb auch in engem Kontakt zur Bürgerinitiative Waller Mitte.

Wir begrüßen grundsätzlich, dass die Stadt Bremen Baugemeinschaften und gemeinschaftliches Wohnen unterstützen will und den Dedesdorfer Platz dafür bereit hält. Es freut uns, dass der Beirat Walle im Juli 2015 dieses Ansinnen forciert hat mit dem Ziel der Schaffung von möglichst viel bezahlbarem Wohnraum sowie von quartiersbezogenen Gemeinschaftsräumen für soziale und kulturelle Aktivitäten. Die bisherigen Verzögerungen im Ablauf bereiten uns allerdings Sorge. Um den Prozess weiter gestalten zu können, brauchen wir mehr Planungssicherheit. Dazu gehört, dass der angedachte Zeitplan nicht weiter verzögert wird, Unklarheiten aufgeklärt werden und die Ausschreibungskriterien bald vorliegen, damit wir uns auf die Anforderungen einstellen können und nicht weiter im Dunkeln stochern.

Weiterhin haben wir folgende Vorstellungen:

- Wir sind keine anonymen und profitorientierten Investoren, sondern verstehen uns als aktiver Teil des Stadtteils, in den wir uns integrieren und dessen öffentliches Leben wir mitgestalten wollen. Wir wollen deshalb eine Vergabe der Baugrundstücke nach Festpreis und erwarten einen politischen Grundstückspreis, der der Bedeutung der Baugemeinschaften für den Platz und die Stadtentwicklung gerecht wird und die hohen Anforderungen für die Vergabe (z.B. soziales Konzept, Quartiersbezug, Ökologie/Energie) berücksichtigt.

- Um ein gelungenes Gesamtkonzept zu erreichen, sollen die Vergaberichtlinien nach Konzept und Festpreis für alle zu verkaufenden Grundstücksflächen gelten, d.h. für die Torhäuser 1+2, die erste Reihe und das Bunkergrundstück. Die Kosten der Bunkersanierung sollen von der Stadt getragen und nicht auf den Grundstückspreis umgelegt werden, da dies eine unabdingbare Voraussetzung für die Bebauung ist und die Baugruppen nicht für städtische Aufgaben wie die Bunkersanierung/-entfernung in die Pflicht genommen werden können.
- Für die Verkehrsflächen der verlängerten Sandstedterstraße fordern wir eine Einbeziehung in die Gestaltung des Platzes. Die Zufahrt muss für Feuerwehr, Müllabfuhr und gelegentliche Transporte zu den Häusern möglich sein, es soll jedoch weder regelmäßigen noch ruhenden Autoverkehr geben.
- Wir verstehen uns als autoarm und erwarten einen deutlich reduzierten Stellplatzschlüssel gegenüber dem Stellplatznormbedarf.
- Wir fordern die zeitnahe Fertigstellung und Öffnung des Dedesdorfer Platzes, damit dieser zentrale öffentliche Ort nicht ein zweites Jahr brachliegt und gewachsene Aktivitäten aus dem Stadtteil fortgeführt werden können.
- Laut Aussage der Stadt hat die Bremische Wohnungspolitik zum Ziel, *„Bremen als lebenswerte und attraktive Stadt zu erhalten. Bezahlbare und gute Wohnungen sind dafür eine Grundvoraussetzung.“* (vgl. Ausschreibung Unionsbrauerei 12/2014). Wenn die Politik und Verwaltung der Hansestadt Bremen zu ihren Aussagen und Beschlüssen steht, soll sie die speziellen Belange von Baugruppen berücksichtigen. Deshalb fordern wir, dass unabhängige VertreterInnen von Wohnprojekten bei der Formulierung der Ausschreibung und bei der Vergabe der Grundstücke beteiligt werden.

Insgesamt begrüßen wir es, wenn der Planungsprozess Fortschritte macht und erwarten eine verbindliche und frühzeitige Kommunikation bezüglich Preisen, Verfahrensweise und Zeitplanung.

Mit freundlichen Grüßen,

Dede 11, Gröpelinger*innen, Hafenhaus, solidarisch_wohnen e.V., Waller Wohnen, wallerleben e.V.